

RSB Rhein-Neckar



Warnstreik bei GE am 9.5.2016

Foto: helmut-roos@web.de

GE Mannheim GEgenwehr in der Sackgasse?

H.N.

Am 13. Januar 2016 hat General Electric (GE) seine von Profitgier getriebenen Abbaupläne bekannt gegeben. Die zahlreichen Protestaktionen auf nationaler und internationaler Ebene haben das GE-Management bisher nicht zum Einlenken gebracht. Im Gegenteil!

Die Jünger Jack Welchs und der Diktatur der Zahlen erhöhen jetzt spürbar den Druck. Zwar hat die BR-Vorsitzende Elisabeth

Möller auf der Mannheimer Betriebsversammlung am 13. Juni 2016 erneut den Konzernvertretern die Hand zur Suche eines gemeinsamen Lösungswegs aus dem Konflikt angeboten. Aber stattdessen nehmen - wie zu erwarten war - die Provokationen von GE gegen Betriebsrat und Belegschaft zu.

Zusätzlich zu dem schon von ALSTOM für viel Geld engagierten „Beratungsbüro“ Hoss

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

zunehmend konkreter droht die Vernichtung tausender Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Rhein-Neckar-Region. Vor allem bei GE spitzt sich die Lage immer weiter zu. Wir berichten erneut über die aktuelle Entwicklung und schauen dem Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar über die Schulter.

Wie ergeht es Menschen, die bereits in die Mühlen der Erwerbslosigkeit geraten sind, dann aber das „Glück“ haben, einen „Job“ zu erhalten? Das beschreibt der Erfahrungsbericht eines Betroffenen.

Ferner lassen wir Revue passieren: eine spannende Bündnis-Veranstaltung zum Widerstand gegen die „Reform“ des Arbeitsrechts in Frankreich, unseren monatlichen Diskussionsabend - dieses Mal zur AfD -, unsere beeindruckende Fahrt auf den Spuren Thomas Müntzers und die regionale Protestaktion gegen TTIP und CETA.

Wir wünschen Euch eine entspannte Sommerzeit - trotz alledem!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	PARTEIEN
01 General Electric: Kämpfen oder untergehen?	05 AfD: Ein unaufhaltsamer Aufstieg?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	SPURENSUCHE
02 Pressemitteilung: Überbetriebliches Solikomitee Rhein-Neckar	06 Thomas Müntzer: Die letzte Schlacht der Bauernkriege
03 Erfahrungen bei Jobsuche: Der Druck nimmt zu	RÜCKBLLENDE / TERMINE
04 Frankreich: Résistance gegen „Arbeitsrechts-Reform“!	07 Rückblende: Fahrraddemo gegen TTIP und CETA
	08 Termine

Fortsetzung von Seite 1

ist nun ein Manager namens Otto Aussermeier in Mannheim als Fabrikleiter eingesetzt worden. Sein Spitzname im Werk ist „der Schliesser“ – das trifft den Nagel auf den Kopf. Aussermeier war bereits für ALSTOM an einigen Abbauaktionen beteiligt – unter anderem am Produktionsstandort Morelia in Mexiko.

Aussermeiers Status sollte auf Betreiben des Betriebsrats vor dem Arbeitsgericht geklärt werden. Mittlerweile ist er ins Handelsregister für die GE Power AG als Prokurist eingetragen worden.

Die Aufgabe dieses „ehrenwerten Herren“ ist es offenbar, den Betriebsrat einzuschüch-

tern, dessen Hauptbasis in der Fabrik zu schwächen, die ja von der Schließung bedroht ist, und die Belegschaft in der Produktion noch mehr zu lähmen.

Dem Vernehmen nach hat das GE-Management Mitte Juni den Vorschlag eines „Eckpunktepapiers“ zur Sicherung der deutschen GE-Standorte eiskalt abgelehnt. Auch die Einbindung des Bundeswirtschaftsministeriums in diese Diskussion beeindruckte GE nicht sonderlich.

Ende Juni hat das GE-Management dann nicht nur in Mannheim, sondern auch in anderen Werken begonnen, Köder für die Belegschaften

auszulegen. Angeblich sollen KollegInnen des Geburtsjahrgangs 1960 und älter besonders „großzügige“ Altersteilzeitverträge angeboten bekommen.

Offenkundiger Zweck dieses Manövers ist es, die Spaltung in der Belegschaft zu vertiefen und den Personalabbau auf „freiwilliger Basis“ unter Umgehung des Betriebsrates zu beschleunigen.

Natürlich protestierte der Konzernbetriebsrat (KBR) umgehend gegen dieses rechtswidrige Vorgehen von GE und prüft nun die Einleitung rechtlicher Schritte. GE, so der KBR, müsse jetzt mit „schärfstem Widerstand“ nicht nur der Be-

triebsräte, sondern auch der IG Metall und der Belegschaften rechnen.

Wenn den Worten Taten folgen sollen, dann kann nur durch eine wohl überlegte Strategie der gemeinsamen Gegenwehr Entschlossenheit und wirksamer Druck aufgebaut werden.

Untrennbar damit verbunden ist der Streit für alternative Produkte, einen staatlichen finanzierten Schutzschirm für die Arbeits- und Ausbildungsplätze und das Verbot von Entlassungen.

Wie heißt es doch? Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Pressemitteilung des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar vom 19.6.2016

Arbeitsplatzvernichtung stoppen!

Intensiver Informationsaustausch des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar mit politischen MandatsträgerInnen am 16. Juni 2016 in Mannheim

Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind am 16. Juni 2016 der Einladung zum Informationsaustausch des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar mit PolitikerInnen aus der Region in das Mannheimer Gewerkschaftshaus gefolgt. Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsvertreter von IG Metall und ver.di stellten nachdrücklich die drohende und ansatzweise bereits vollzogene Vernichtung tausender Arbeits- und Ausbildungsplätze dar.

Sie kritisierten scharf „unakzeptable Unternehmensentscheidungen“. Massive Klagen über Einschüchterungsversuche gegen betriebliche Interessenvertretungen wurden ebenso laut wie Vorwürfe des „offenen Rechtsbruchs“ durch Konzernstrukturen und -vorgaben. Im Detail kam insbesondere die Situation bei Bombardier, General Electric, Siemens (Frankenthal), Wabco und XXXL-Mann Mobilia zur Sprache.

Vor diesem Hintergrund wurden kurz-, mittel- und langfristige Forderungen an die Politik formuliert. Durch ihre Umsetzung könnte auf lokaler, regionaler, bundesweiter und internationaler Ebene den profitorientierten Angriffen auf die Existenzen von Beschäftigten und auf die wirtschaftliche Substanz der Region besser Einhalt geboten werden können.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, die Einhaltung des Grundgesetz-Artikels 14 („Eigentum verpflichtet“) und eines Verbots von

Entlassungen gefordert. Zudem dürften nicht die Konsequenzen der oft steuersubventionierten Kahlschlag- und Verlagerungsstrategien auf Beschäftigte, deren Familien, die SteuerzahlerInnen und die gesetzlichen Sozialversicherungen abgewälzt werden.

In der anschließenden Diskussionsrunde konnten die anwesenden PolitikerInnen zu den Berichten und Forderungen der betrieblichen und gewerkschaftlichen AkteurInnen Stellung beziehen. Dabei kam es zu einem lebhaften Meinungsaustausch mit Mitgliedern des Bundestags, des baden-württembergischen Landtags und des Mannheimer Stadtrats.

Anwesend waren VertreterInnen aus den Reihen der CDU, der Grünen, der Linken und nicht zuletzt der SPD. Auch Repräsentanten des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung verfolgten die Debatte, deren wesentliche Inhalte in einer Dokumentation zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zum Abschluß der Veranstaltung appellierte das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar an die Politik, sich – soweit noch nicht geschehen – konkret und verbindlich auf die Seite der Abwehrkämpfe der von Abbau, Verlagerung und Werksschließung bedrohten Belegschaften zu stellen. Eine Fortsetzung des Informationsaustausches mit der Politik ist für den 17. November 2016 vorgesehen.

Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, 19.6.2016

Am Rande der Gesellschaft

Die Erwartungen werden immer größer (Teil 1)

R.G.

Wie immer muß ich einmal im Monat zur Jobbörse. Der Unterschied zwischen der Jobbörse und dem Jobcenter besteht darin, dass die Jobbörse für die Arbeitsvermittlung zuständig ist. Das Jobcenter ist für die Auszahlung der Kohle und gegebenenfalls für Sanktionen zuständig - falls du mal einen Termin verpasst hast.

Eigentlich habe ich noch nie gezählt, wie viele Bewerbungen ich bisher schon geschrieben habe. Schätzungsweise dürften es wohl so um die zweihundert gewesen sein.

Zwischenzeitlich hatte ich oft „Mini-Jobs“. Das waren Hausbesuche, bei denen ich zwei Mal die Woche zwei oder drei PatientInnen behandelte. Viele Physiopraxen nutzen die „Agenda 2010“ hemmungslos aus. Sie stellen in der Regel nur noch Mini-JoberInnen ein. So sparen sie bei den Sozialabgaben. Ich hatte eine Zeitlang in einer Praxis gearbeitet, in der drei Vollzeitkräfte und 15 Mini-JoberInnen tätig waren.

Ironischerweise nennt man uns bei der Jobbörse und dem Jobcenter „Kunden“. Als Kunde habe ich mich jedoch noch nie gefühlt.

An einem Tag, an dem ich einen Termin hatte, wurde mir eine Vollzeitstelle angeboten. Chancen rechnete ich mir keine aus. Nach dem üblichen Bewerbungsablauf begann das grosse Warten.

Das Vorstellungsgespräch

Wider Erwarten kam es zu einem Vorstellungsgespräch. Damit hatte ich nicht gerechnet. Frisch gestylt, akkurat gekleidet und gut rasiert ging ich meinem Glück oder Verderben entgegen. Das Gespräch fand auf der Straße vor der Praxis statt. Mir wurden 13 Euro Stundenlohn

angeboten. Natürlich war das kein Tariflohn.

In der Regel liegt der Satz bei 2.600 bis 2.900 Euro brutto im Monat. Bei mir sollten es 1.820 Euro brutto bei einer 35-Stundenwoche sein, netto also etwa 1.300 Euro. Wohlgedenkt: Ich bin kein Berufsanfänger, ich habe über 33 Fortbildungen gemacht und hatte 20 Jahre lang eine eigene Praxis mit vier Angestellten geführt.

Bei dem Vorstellungsgespräch wurde ich gefragt, ob ich früher anfangen könnte, da meine Vorgängerin „krank mache“. Diese Unterstellung stieß mir natürlich sauer auf. Wie ich später von den KollegInnen als auch von ihren bisherigen PatientInnen erfährte, war sie mit ihren Kräften am Ende - und dies mit 24 Jahren.

Irgendwie hatte ich dennoch bezüglich meiner Chancen ein gutes Gefühl, und so war es auch. Es kam die Zusage, und ich fühlte mich glücklich.

Im kalten Wasser

An meinem ersten Arbeitstag sollte ich nur ein paar Stunden arbeiten. Da ich noch keinen Arbeitsvertrag hatte, weigerte ich mich, ohne Vertrag anzufangen. Man teilte mir dann mit, wir haben so viele Patienten für Dich eingeplant, denen wir nicht allen wieder absagen können. Zähneknirschend willigte ich darauf ein, da ich diese Stelle nicht verlieren wollte.

Die Chefin warf mich gleich ins kalte Wasser. Nach einem kurzem Rundgang durch die Praxis-Räume musste ich losgehen. Es ging rasant zu, Kabine 2, Kabine 6, Kabine 4 und so weiter. Alles im 20-Minuten-Takt. Es gab nicht mal Zeit, um Pinkeln zu gehen.

Natürlich gibt es auch spezielle Therapien, wie zum Beispiel die „Manuelle Lymphdrainage“.

Diese Behandlung kann bis zu 1,5 Stunden dauern. Da diese Ausbildung sehr teuer und anspruchsvoll ist, verfügen die wenigsten TherapeutInnen darüber. Meine diesbezügliche Qualifikation war wohl auch einer der Gründe, warum ich diesen Job bekam.

Glücksgefühl am Feierabend

Als ich Feierabend hatte und mit dem Rad nach Hause fuhr, fühlte ich mich ganz toll. Ich hatte zum ersten Mal nach 4 Jahren wieder in einer Praxis gearbeitet, statt nur stundenweise Hausbesuche durchzuführen.

Ich schätze ich mich also sehr glücklich, obwohl ich nie geglaubt hätte, meine Arbeitskraft und meine Lebenszeit so billig verkaufen zu müssen. Es ist eben ein enormer Wert, wieder arbeiten zu können.

Meine Wohnung liegt recht weit entfernt von der Praxis. Mit dem Rad benötigte ich 30 Minuten, später 20 Minuten. Bei der Einstellung wurde mir ein Auto für die Hausbesuche versprochen. Es gab aber nie ein Auto, wir machten alle unsere Hausbesuche mit unseren eigenen Fahrrädern.

Meine Frage, ob ich mein zu Dienstzwecken benutztes Rad bei Kostenübernahme warten lassen könne, wurde verneint. Ich könne ja das Rad der Praxis nutzen. Als ich es mir anschaute, fand ich ein schrottreifes Vehikel vor.

Am zweiten Tag mußte ich dann Hausbesuche durchführen. Diese waren immer von 8 Uhr am Morgen bis zum Mittag terminiert. Danach ging es zurück in die Praxis, wo ich dann bis 19 oder zeitweise bis 20 Uhr arbeitete. Abends bekamen wir die neuen Karteikarten für die Hausbesuche am folgenden Tag. Von der

Praxis riefen wir dann noch die PatientInnen an. Wenn du aber Pech hattest, und sie nicht erreichen konntest, mußtest du es zuhause - auf deine eigenen Kosten - noch einmal probieren.

Unter Zeitdruck

Da ich den Stadtteil, wo die Hausbesuche stattfanden, nicht kannte, gaben sie mir einen abgegriffenen Plan. Für jeden Patienten hatten wir 20 Minuten Zeit. Die Wegezeit, die uns zur Verfügung stand, um von einem zum nächsten Patienten zu fahren, betrug unabhängig von der Entfernung auch 20 Minuten. Durch geschicktes Manövrieren konntest du das später in den Griff kriegen. Am Anfang kam ich jedoch immer zu spät in die Praxis zurück, und da die PatientInnen schon da waren, stand ich unter einem enormen Zeitdruck.

Nach Feierabend zuhause war ich völlig erschöpft. Nach einer kurzen Erholungspause stellte ich den Plan für den nächsten Tag auf. Gegen 22 Uhr machte ich mir dann noch etwas zum Essen, und nach dem Aufräumen fiel ich dann um 23.30 Uhr wie ein Toter ins Bett.

Meine Probezeit war auf 6 Monate angesetzt. Diese wollte ich unter allen Umständen durchstehen. Hätte ich nicht soviel Berufserfahrung gehabt, unter anderem zur Befunderhebung, wäre es mir nicht gelungen, mich so schnell zurecht zu finden.

Morgens, nach dem Studium meines Terminplans, fuhr ich eine Stunde früher los, um die Zeiten einhalten zu können. Natürlich ohne Bezahlung, weil ich einfach Angst hatte, den Job wieder zu verlieren. Meine Freunde zogen mich immer als Vorzeigearbeiter auf. Mir war das egal, denn sie kennen nicht das Gefühl, von Hartz IV ab-

hängig zu sein.

Jeden Morgen fuhr ich am Jobcenter vorbei. Da standen die Arbeitslosen in Reih und Glied, wenn sie einen Termin hatten. Das asoziale Verhalten mancher Jobcenter-Angestellten hat sich tief in meinem Gedächtnis eingebrannt. Wie froh war ich, einfach nur daran vorbeifahren zu können.

Schlechtes Betriebsklima

Im Laufe der Zeit kam ich sehr

schnell in den Betrieb hinein. Die KollegInnen schätzten mich - auch die an der Rezeption beschäftigten Mini-JobberInnen. Die Terminplanung der Praxis war sehr problematisch. Da wusste oft die rechte Hand nicht, was die linke machte.

Normalerweise hast du „feste“ PatientInnen, die du therapierst. Ein Wechsel zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Therapeut und Patient. Leider kam es dennoch immer wieder

vor, und ich musste mir viele Beschwerden anhören.

Dementsprechend war auch das Betriebsklima. Es wurde gemobbt, was das Zeug hält. Wenn die Chefin mal da war, was ab und zu vorkam, und Rezepte von der Krankenkasse zurückgeschickt wurden, weil sie nicht korrekt ausgefüllt waren, dann brüllte sie in ihrem Laden rum, dass die Wände wackelten. Ihr war es egal, ob dabei PatientInnen anwesend waren oder nicht.

Als ehemaliger Selbständiger besaß ich eine beachtliche Autorität. Bei einer erneuten Attacke, nahm ich sie zur Seite und kritisierte sie gewaltig. Statt darauf einzugehen, war die Antwort, sie habe keine Zeit und müsse jetzt weg. Natürlich bekamen das die KollegInnen mit, und insofern stieg ich in ihrem Ansehen.

Fortsetzung folgt.

Résistance in Frankreich Veranstaltung mit Bernard Schmid

G.K.

Eine spannende Veranstaltung zum Kampf gegen die „Arbeitsrechts-Reform“ in Frankreich fand am Donnerstag, dem 16. Juni 2016, im Gewerkschaftshaus Mannheim statt.

Als Referenten hatte das örtliche Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Bernard Schmid aus Paris gewinnen können. Unterstützt wurde der Informationsabend von der IG Metall Mannheim,

den IGM-Vertrauensleuten bei General Electric, der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE und dem Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar.

Rund 70 Personen waren der Einladung gefolgt.

Bernard Schmid gelang es inhaltlich fundiert und sehr informativ, die Hintergründe und aktuellen Entwicklungen der Massenproteste gegen die „Arbeitsrechts-Reform“ darzustellen.

Ganz in der Logik der EU-Agenda 2020 wollen die Herrschenden auch in unserem Nachbarland die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften massiv einschränken. Abweichungen von gesetzlichen Normen sollen wie schon in Griechenland, Portugal oder Spanien mittels Betriebsvereinbarungen ermöglicht werden.

Beispielsweise könnten dann Urlaubsansprüche, Feiertagsarbeit, Überstundenzuschläge und Arbeitszeit an die „Bedürfnisse der Unternehmen“ angepasst werden. Dadurch würde auch die in Frankreich per Ge-

setz eingeführte 35-Stundenwoche ausgehebelt werden.

Zudem sollen der Kündigungsschutz gelockert und Kürzungen für Erwerbslose durchgesetzt werden.

Diese Angriffe werden flankiert durch die zunehmende staatliche Repression von gewerkschaftlichen Aktionen und den immer wieder durch verlängerten Ausnahmezustand.

In der regen Diskussion nach dem Einleitungsreferat wurde sehr deutlich, dass die Auseinandersetzungen in Frankreich von internationaler Bedeutung sind. Es ist an der Zeit, auch hierzulande mehr für die Solidarität mit den französischen KollegInnen und der dortigen Jugend zu tun.



Frankreich-Veranstaltung mit Bernard Schmid, 16.06.2016 in Mannheim

Foto: Avanti²

Die AfD – ein unaufhaltsamer Aufstieg?

O.G.

So lautete das Thema unseres Informations- und Diskussionsabends am 24. Juni 2016. In der Einladung hatten wir geschrieben: „Die AfD ist eine rechtsextreme und prokapitalistische Partei, die den Neoliberalismus hinter einer völkisch-nationalistischen Rhetorik versteckt. Ihre Grenzen zum Faschismus sind fließend. Was können wir tun, um die AfD zu stoppen?“

Unser Referent skizzierte in seiner Einleitung die Entwicklung der AfD seit ihrer Gründung im Jahr 2013. Er stellte eine bisher nicht gebremste Rechtsentwicklung der Partei fest.

Große Wahlerfolge

Nach den drei Landtagswahlen im Frühjahr 2016 habe die AfD eine neue Stärke auf der parlamentarischen Ebene erreicht. Vor allem in Sachsen-Anhalt (24 %), aber auch in Baden-Württemberg (15 %) und Rheinland-Pfalz (13 %) habe sie große Erfolge erzielt.

Nicht alle AfD-WählerInnen, so unser Referent, seien jedoch RassistInnen oder FaschistInnen. Einer Umfrage zufolge hat nur jedeR Vierte für die AfD votiert, weil er oder sie mit ihr politisch übereinstimmt. Drei Viertel hätten aus Protest gegen die etablierten Parteien AfD gewählt.

Ein nicht unwesentlicher Grund für den Aufstieg der AfD sei in der Formierung eines zunehmend vereinheitlichten neoliberal-kapitalistischen Parteienspektrums zu sehen. Es reiche von der FDP über die CDU/CSU sowie die SPD bis hin zu den Grünen und umfasse mittlerweile auch Teile der Linkspartei.

Rechtsextreme Ideologie

Der AfD sei es gelungen, sich als Systemalternative zu inszenieren. Ihren Erfolg verdanke sie nicht zuletzt ihren verlogenen Kampagnen zuerst gegen den Euro, dann gegen die Flüchtlinge und aktuell gegen den Islam.

Beispielsweise hätten 52 %

der AfD-WählerInnen in Baden-Württemberg einer Umfrage zufolge die Angst vor dem Islam als Wahlmotiv genannt.

Der braune Terror in Form brennender Flüchtlingsheime und gewalttätiger Angriffe auf MigrantInnen seien für diese Klientel offenbar kein Problem gewesen.

Den ideologischen Kern der Partei sah unser Referent in Positionen, die auf traditionell-rechten Politikmustern beruhen und in krisenhaften Entwicklungen wie der „Flüchtlingsfrage“ oder dem islamistischen Terror zu offenem Rassismus zugespitzt werden.

Der laut AfD angeblich beschleunigten Auflösung von „Sicherheit, Recht und Ordnung“, der „Identität“ und der „Gemeinschaft des deutschen Volkes“ durch „linke Modernisierungsprozesse“ wolle die Partei ein neues nationales Projekt entgegensetzen. Dies formuliere sie in zunehmend schärferer Abgrenzung von den etablierten Parteien und insbesondere von dem „links-rot-grün versifften 68er Deutschland“ (AfD-Bundesvorsitzender Meuthen).

Wachsender Einfluss

Bei ihrer Gründung 2013, so unser Referent, war für die AfD folgende Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft kennzeichnend: gute Ausbildung, Zugehörigkeit zur Mittelklasse, Alter zwischen 40 und 50, Geschlecht überwiegend männlich. Dieses Milieu habe sich anfangs auch in der Wählerschaft widerspiegelt.

Bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland im Jahr 2014 habe sich dann die soziale Zusammensetzung von Mitgliedschaft und WählerInnen hin zu ArbeiterInnen und Arbeitslosen sowie zu den unter 30-Jährigen verschoben. Geblieben sei jedoch der außergewöhnlich hohe Männeranteil.

Die Mitgliederzahlen seien von 16.134 im Jahr 2013 auf 20.120 im Januar 2016 angestiegen. Diese eher bescheidenen Zuwächse stünden bisher in deutlichem Kontrast zu dem stark gewachsenen WählerInnenpotenzial der AfD, das mittlerweile mehrere Millionen umfasse.

Was tun?

Für unseren Referenten stellt die

AfD (noch) kein faschistische Partei dar. Für diese Kennzeichnung fehlten derzeit sowohl die entsprechende Sozialdemagogie als auch die Existenz eigener Schlägerbanden.

Die Kennzeichnung der AfD in der Einladung zur Veranstaltung sei zutreffend. Die AfD sei in der Tat eine *rechtsextreme und prokapitalistische Partei, die den Neoliberalismus hinter einer völkisch-nationalistischen Rhetorik* verberge.

Die AfD sei ein offener Gegner der Frauen, der MigrantInnen, der gesellschaftlich Ausgegrenzten. Sie sei ein Feind der linken und der sozialen Bewegungen sowie der Gewerkschaften.

Das Fazit der Ausführungen lautete deshalb: Die AfD werde weiter auf das Entfachen von Hysterie, Angst und Rassismus setzen.

Das Zusammenspiel von Parlamentarismus (AfD), Straßennagitation (Pegida und Co.) und gewalttätigen Nazigruppen werde das bereits existierende Klima aus rechtem Terror und Einschüchterung anheizen.

Aufgabe der Gewerkschaften, der Linken und damit auch des RSB sei es, nicht nur vor Ort gegen Rassismus und Neonazis aktiv sein, sondern auch über die Ziele der AfD aufzuklären. Durch die Unterstützung von sozialer und politischer Gegenwehr könne ein zentraler Beitrag zum Aufbau einer neuen klassenkämpferischen APO und einer antikapitalistischen Alternative geleistet werden.



Proteste gegen AfD-Veranstaltung in Mannheim-Feudenheim am 28.01.2016.

Auf den Spuren Thomas Müntzers Das Bauernkriegspanorama in Bad Frankenhausen

W.A.

Am ersten Juniwochenende starteten wir von Mannheim aus zu einer weiteren Etappe unserer Reihe „Spurensuche“. Ziel war Bad Frankenhausen am Fuße des Kyffhäuser.

Bei der thüringischen Kleinstadt fand im Mai 1525 die letzte große Schlacht des Deutschen Bauernkriegs statt. Sie war der blutige Schlußpunkt des Aufstands der Bauern gegen die ausbeuterische Feudalherrschaft. Die Erhebung hatte 1524 in Südwestdeutschland begonnen, konnte aber von den adeligen Herren und ihren kirchlichen und militärischen Helfershelfern grausam unterdrückt werden. Der revolutionäre Prediger Thomas Müntzer (1489-1525) war in Thüringen die Führungsfigur der rebellierenden Bauern. Er fiel nach dem Gemetzel auf dem Schlachtberg oberhalb von Frankenhausen seinen Häschern in die Hände, wurde gefoltert und hin-



Panoramamuseum auf dem Schlachtberg bei Bad Frankenhausen

Foto: Avanti²

gerichtet.

Zur Erinnerung an diese Ereignisse hat die stalinistische SED-Führung auf dem Schlachtberg einen zylindrischen Rundbau als Panoramamuseum errichten lassen. Es beherbergt das monumentale Gemälde des DDR-Malers Werner Tübke, das den offiziellen Titel *Frühbürgerliche Revolution in Deutschland* trägt.

Das 123 Meter lange und 14 Meter hohe Rundbild des Leipziger Künstlers gilt als das größte Werk dieser Art überhaupt. Das Bauernkriegspanorama ist mit Unterstützung einiger Helfer von 1976 bis 1987 entstanden. Der Maler musste seine aufreibende Arbeit zeitweilig unterbrechen, da er infolge der Überanstrengung erkrankte.

Ein faszinierendes Theater der Welt

Tübke schuf ein faszinierendes Abbild des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit. In seinem Zentrum befinden sich Thomas Müntzer und die Schlacht bei Frankenhausen. Ein wirkliches „theatrum

mundi“ (Welttheater) mit 3.000 Einzelfiguren - darunter zahlreichen historischen Personen - und in sich abgeschlossenen Themendarstellungen überwältigt die Besu-

cherInnen.

Den Hintergrund des Werkes bildet der Kreislauf der vier Jahreszeiten. Tübke stellt in Anlehnung an den Stil europäischer Alter Meister eine faszinierende Abfolge von Szenen der Menschheitsgeschichte dar. Diese oft in Verbindung zueinander stehenden Grundmotive bringen das Drama von Herrschaft und Unterdrückung, von Fortschritt und Reaktion in beeindruckender Weise auf den Punkt.

Es ist kein geringes Verdienst der damaligen Kulturpolitik der DDR, dass sie Werner Tübkes „Ultimatum“ bei der Auftragsvergabe nachgegeben hat. Nur so konnte sich der von dem Meister gepflegte Stil des „magischen Realismus“ gegenüber dem damals vorherrschenden „sozialistischen Realismus“ durchsetzen.

Vor allem aber konnte so ein epochales Kunstwerk entstehen. Es hat nicht nur die antikomunistisch motivierte „Vergangenheitsbewältigung“ nach dem Ende der DDR überstanden. Es wird die Zeiten überdauern.



Gedenkplatte für Thomas Müntzer in Bad Frankenhausen

Foto: Avanti²

Tipp:

Nähere Informationen unter: www.panorama-museum.de

Rückblende

„TTIP & CETA stoppen!“

So lautete das Motto der Fahrrad-Demo am 25. Juni 2016. Auf Initiative des Bündnisses gegen TTIP und CETA Heidelberg/Mannheim fanden parallel Aktionen in der Rhein-Neckar-Region und zum Abschluss eine Fahrraddemo in Mannheim statt. 42 Organisationen - darunter der RSB Rhein-Neckar - hatten zu der Aktion aufgerufen, aber leider beteiligten sich insgesamt nur etwa 300 Personen aktiv an den Protesten.

Die Mannheimer Tour führte vom Wasserturm zum Gewerk-

schaftshaus, dann weiter vom Nationaltheater zum Hauptbahnhof. Dort trafen die Delegationen aus Speyer und Heidelberg ein, um dann gemeinsam mit den MannheimerInnen den Weg zur Abschlusskundgebung am Mannheimer Paradeplatz anzutreten.

Am 17. September wird ein bundesweiter Aktionstag mit regionalen Demos (unter anderem in Stuttgart) weitere Möglichkeiten bieten, die Stimme gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu erheben.

Fahrraddemo gegen TTIP und CETA am 25.06.2016 in Mannheim



Fotos: helmut-roos@web.de



Sommerseminar 2016 „Was ist links? Internationalismus heute“

Am Wochenende 27. und 28. August 2016 findet das regionale RSB-Sommerseminar 2016 in Mannheim statt.

Beginn ist am Samstag um 13.00 Uhr. In Zeiten des hochkochenden Nationalismus wollen wir uns mit der Aktualität des

Internationalismus und der Notwendigkeit einer internationalen Organisation beschäftigen.

Über Eure Teilnahme und verbindliche Anmeldung würden wir uns freuen.

Anmeldung unter: rhein-neckar@rsb4.de

RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der **Revolutionär Sozialistische Bund (RSB)** ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Impressum:

RSB Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: rhein-neckar@rsb4.de
Web: www.rsb4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- DO, 14.07.2016, 15:00, Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 22.07.2016, 19:00 Uhr, RSB-Veranstaltung zu aktuellem Thema, Cafe Filsbach
- DO, 28.07.2016, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 06.08.2016, RSB-Sommerfest
- SA/SO, 27./28.08.2016, RSB-Sommerseminar 2016 in MA - „Was ist links? Internationalismus heute“